

Bericht und Antrag der GRPK zum Jahresbericht 2006

Die GRPK hat den Jahresbericht 2006 mit Jahresrechnung und zehn Leistungsberichten gemäss dem Bericht und Antrag des Gemeinderats vom 17. April 2007 an den Einwohnerrat in drei Sitzungen behandelt und zuhanden des Einwohnerrats am 6. Juni 2007 verabschiedet.

Die GRPK hat in fünf Subkommissionen gearbeitet, die die zehn Produktgruppen und die fünf Leistungszentren geprüft haben. Es wurden Detailfragen zu den Berichten schriftlich formuliert; die Berichterstattung erfolgte schriftlich.

Die GRPK dankt dem Gemeinderat und den Abteilungsleiterinnen und -leitern der Verwaltung für die sorgfältige Berichterstattung, die umfangreiche Information und die weiterhin angenehme Zusammenarbeit.

1. Vorbemerkungen

Die GRPK stellt fest, dass der Bericht eine gute Transparenz aufweist; dank der übersichtlichen Darstellung findet sich der Leser schnell zurecht. Vereinzelt wurden Bedenken geäussert, ob das System nicht übersteuert sei und eine Beschränkung auf Bereiche notwendig werde, in denen der Einwohnerrat Steuerungsmöglichkeiten besitze.

Die GRPK anerkennt, dass zu Beginn der Umstellung auf das neue System in den Produktgruppen eher zu viele Ziele aufgenommen worden sind, ist aber der Meinung, dass dies zu Beginn der Transparenz der wahrgenommenen Aufgaben diene; eine Redimensionierung wird in der Zukunft immer möglich bleiben. Es wurde auch die Frage gestellt, ob die Unterscheidung in Wirkungs- und in Leistungsziele tatsächlich für die Steuerungsaufgaben des Einwohnerrats notwendig ist.

Herr Kungler weist darauf hin, dass die Informationsbeschaffung zur Setzung von Standards zwischen den Gemeinden schwierig ist. Die GRPK möchte dennoch daran festhalten, da sie den Vergleich mit anderen Gemeinden (z. Beispiel insbesondere im Bereich der Spitex) für wichtig erachtet.

Der GRPK ist aufgefallen, dass in einigen Fällen die Ziele nicht oder nicht gänzlich erreicht und die finanziellen Mittel dennoch vollständig eingesetzt wurden. Die vollständige Mitteleinsetzung sollte nach Meinung der GRPK bei korrekten Standards und geeigneter Messung auch zu einem Erfüllen der Ziele führen. Die GRPK wird im Lauf des Jahres 2007 anhand von standardisierten Fragebogen die Wirkungs- und Leistungsziele sowie die Standards der Produktgruppen untersuchen und allenfalls Anträge für den Voranschlag 2008 (VA 08) einbringen. Allerdings ist auch festzustellen, dass die Ziele teilweise zu wenig hoch angesetzt worden sind.

Gegenüber dem früheren ausführlichen Jahresbericht vermisst die GRPK statistische Angaben. Diese können und sollen – soweit allgemein interessant – auf der Homepage der Gemeinde aufgenommen werden.

Die GRPK vermisst die diversen Informationen gemäss Finanzreglement (vgl. Anhang IX des Jahresberichts) und bittet den Gemeinderat, die Revision des Finanzreglements zur Anpassung an die neue Berichterstattung an die Hand zu nehmen.

2. Jahresbericht 2006

Der Jahresbericht 2006 mit Einleitung, der Rechnung 2006, dem Rück- und Ausblick (Finanzplan 2008-2012), den Anträgen und den Anhängen wird von der GRPK in qualitativer und quantitativer Hinsicht als transparent und leserfreundlich beurteilt.

Die GRPK ist erfreut über den ausgezeichneten Rechnungsabschluss. Der Selbstfinanzierungsgrad betrug im Jahr 2006 110.7 % und über die relevanten acht Jahre 160.2 %. Auch im 2006 wurde deutlich weniger investiert als vorausgesagt. Zwei Einsprachen einer Einsprecherin verzögern immer noch die Bauarbeiten um den Schlosspark. Im Jahr 2005 hatte der Gemeinderat für rund 375'000 Franken Nachtragskredite bewilligt und in Aussicht gestellt, dass in Zukunft die meisten Nachtragskredite wegfallen. Verschiebungen innerhalb der zehn Globalbudgets zu den Leistungsaufträgen sind jeweils zu kompensieren. Begehren um Nachtragskredite würden dann nur noch bei ausserordentlichen Ereignissen, wie etwa übermässigen Schneefällen, gestellt. Die GRPK vermisst die entsprechende Darstellung der Nachtragskredite und der Verschiebungen für das Jahr 2006 und empfiehlt dem Gemeinderat, diese Darstellung künftig wieder aufzunehmen.

3. Leistungsberichte 2006 (Produktgruppen)

3.1 Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen

3.1.1 Einwohnerdienste

Im Bereich der Einwohnerdienste sind rund 90 % der Ausgaben durch übergeordnetes Recht gebunden. Die damit verbundenen Personalkosten dominieren. Der kleine Anteil freiwilliger Dienstleistungen (Bundesfeier, Apéro für Zuzüger, Geschenke bei hohen Geburtstagen u. a.) erfreut sich grosser Beliebtheit und gehört zur Standort- und Imagepflege der Gemeinde. Die zwei GA-Tageskarten generierten Nettoeinnahmen von ca. CHF 7000.--.

Der Standard bei der Bearbeitung von Anmeldungen (S. 8) konnte nicht erreicht werden. Er ist mit dem VA 08 zu hinterfragen. Die GRPK teilt die Ansicht, dass die Erfassung der Zeit die Qualität der Arbeit nicht spiegelt, wünscht jedoch, dass das Ziel nicht weggelassen wird, sondern neue Indikatoren formuliert werden. Zum Beispiel könnte die Anzahl Beanstandungen und nötige Korrekturen gemessen werden.

3.1.2 Einwohnerrat

Die wesentlichen Kosten werden über das Vergütungsreglement gesteuert. Die Abweichungen von etwa 15 % nach unten sind durch die kleinere Anzahl von Sitzungen hinreichend erklärt.

Die vorgegebenen Ziele sind nur zum Teil erreicht worden. Die Aussagekraft der Umfrage ist aber sehr in Frage gestellt, wenn nur etwas mehr als die Hälfte der Einwohnerräte antworten! Eine stärkere Unterstützung der Verwaltung gegenüber wäre wünschenswert.

Die Zustellungsfrist der Unterlagen für die ER Sitzung wurde diskutiert. Da die Gemeindeverwaltung über das Wochenende nicht erreichbar ist, verbleiben oft nur drei Werktage, um vor der Fraktionssitzung Auskünfte über eine Vorlage einzuholen. Die GRPK empfiehlt deshalb, die Geschäftsordnung des ER so abzuändern, dass eine 14-tägige Zustellfrist eingehalten wird.

3.1.3 Gemeinderat

Auch hier werden etwa 75 % der Kosten durch das Vergütungsreglement bestimmt. Die Wertschätzung der vielen weitgehend ehrenamtlich für die Gemeinde Tätigen wurde am ersten Freiwilligen-Apéro sehr positiv aufgenommen. Dieser Anlass soll beibehalten werden.

3.1.4 Wahlen und Abstimmungen

Das Wahl- und Abstimmungsmaterial wurde korrekt zugestellt.

3.1.5 Aussenbeziehungen

Es ist erfreulich, wie aktiv die Gemeinde die Beziehungen über die Gemeindegrenzen hinweg pflegt. Der Aufwand erscheint vertretbar. Der Nutzen davon ist jedoch nicht in Franken auszudrücken.

3.2 Steuern

Die Ziele sind vollumfänglich erreicht worden. Das Veranlagungsteam hat die Rückstände vorbildlich aufgearbeitet. Trotzdem schlägt die Verwaltung vor, das Leistungsziel 2.1e zu verändern und nicht die Quantität sondern die Qualität der Veranlagungen in den Vordergrund zu stellen. Dadurch würde der Widerspruch zum Wirkungsziel („Die Steuerpflichtigen werden korrekt veranlagt“) vermieden. Die GRPK erwartet einen Änderungsantrag im VA 08. Das Inkasso der ausstehenden Steuern wird aktiv, aber in vernünftigem Rahmen betrieben. (s. auch LZ Rechnungswesen).

3.3 Gesundheit

3.3.1 Ambulante Gesundheits- und Betagtenangebote

Die GRPK verweist auf ihren Bericht zur Spitex. Zum Thema der Wirtschaftlichkeit hat die Spitex die folgenden Massnahmen geplant und eingeleitet: Optimierung des Planungssystems; in Prüfung ist derzeit ein EDV-System; Umstellung auf interdisziplinäre Teams bis Ende Jahr; ab Mitte Jahr werden die Klientendokumentationen bei den Klient/innen zu Hause geführt, wo sie auch aufbewahrt werden; Kontakt mit Mobility, um Optimierungen beim Fahrzeugpark zu prüfen.

3.3.2 Stationäre Angebote

Bei den so genannten Ferien-/Entlastungsbetten im Alters- und Pflegeheim und in den Pflegewohnungen besteht eine grosse Diskrepanz zwischen Nachfrage und Angebot, so wurde auch der Standard bei weitem nicht erfüllt. Hauptgrund ist die hohe durchschnittliche Belegdauer dieser Betten. Im Prinzip soll das Entlastungsbett einen kurzen befristeten APH-Aufenthalt ermöglichen. Dadurch können die pflegenden Angehörigen entlastet werden. Teilweise dient das Ferienbett auch dazu, dass eine gesundheitliche Stabilisierung von Betagten stattfinden kann, welche allein leben und eigentlich unterversorgt sind, aber noch nicht dauernd in ein APH eintreten möchten. Die GRPK sieht in der jetzigen Praxis einen Widerspruch zum Zweck dieses Angebots und empfiehlt, diese Problematik mit den betroffenen Institutionen aufzunehmen.

3.4 Kultur, Freizeit Sport

Über 90 % der Benutzer/innen der Bibliothek stammen aus Binningen. Der Vorstand der Ludothek beschäftigt sich mit Massnahmen zur Steigerung des Angebots, damit das Leistungsziel erreicht werden kann. Die Ludothek wird schwergewichtig von Kindern aus Binningen im Primarschulalter genutzt. Möglicherweise ist auch die neu eröffnete Ludothek in Oberwil zu berücksichtigen. Rückmeldungen über die Freizeitangebote stammen jeweils von der entsprechenden Zielgruppe. Bei der Messung der Zielerreichung des Hallenbades werden die Eintritte der geführten Schulklassen (insgesamt 15'713 Eintritte) nicht berücksichtigt.

3.5 Bildung

Die im Vergleich zu anderen Musikschulen höheren Kosten sind im Wesentlichen auf zwei Gründe zurückzuführen: erstens ist das Lehrer/innenkollegium im Vergleich zu Kollegien anderer Gemeinden älter und zweitens haben im Jubiläumsjahr (40 Jahre Musikschule) viele Aktivitäten stattgefunden.

3.6 Öffentliche Sicherheit

Die Subkommission wird über diese Produktgruppe der GRPK im August 2007 besonders berichten. Heute erfolgt deshalb nur eine summarische Beurteilung. Anzumerken ist, dass der Bereich "Militär" in Zukunft gänzlich wegfallen wird.

3.6.1 Gemeindeführungsstab

Alle Leistungen sind gesetzlich vorgegeben. Die Ziele wurden, soweit messbar, erreicht.

3.6.2 Feuerwehr

Die Ziele wurden mit Erfolg erreicht. Der Standard betr. Feuerwehersatzabgabe muss hinterfragt werden.

3.6.3 Gemeindepolizei

Zu beeinflussen sind die Kosten im Personalbereich. Die Auslastung des heutigen Personalbestandes wird überprüft werden. Das Wirkungsziel 4.1 mit dem Standard "Sicherheitsempfinden" konnte nicht überprüft werden. Nicht beurteilbare Standards sind wenig hilfreich. Hier muss eine andere Möglichkeit gefunden werden.

3.6.4 Zivilschutz

Etwa 90 % der Kosten sind gebunden. Die Ziele wurden erreicht. Da das Kurstableau schon reich befrachtet war, wurden keine zusätzlichen "freiwilligen" Einsätze durchgeführt. Es wird auf sinnvolle Einsätze des Zivilschutzes geachtet.

3.7 Soziale Dienste

3.7.1 Finanz- und Sozialhilfe

Die GRPK nimmt mit Besorgnis davon Kenntnis, dass die Sozialleistungen um fast 1 Mio. Franken über dem Voranschlag abschliessen. Gründe dafür sind die stark angestiegenen Gesundheitskosten sowie die wiederum angestiegene durchschnittliche Unterstützungsdauer. Die Gemeinde versucht hier durch folgende Massnahmen Gegensteuer zu geben: verstärkter Einsatz von Arbeitsintegrationsprogrammen mit erhöhter Aufmerksamkeit auf Passung Klient/Programm, neues Teillohnprojekt, spezieller Fokus auf Langzeitfälle mit Neubeurteilung, enge Begleitung junger Erwachsener.

3.8 Verkehr, Strassen

3.8.1 Allmend- und Parkraumbewirtschaftung

Beim Leistungsziel 5.2, Ziel 2, ist der Standard mit 4 Kontrollen pro Monat viel zu tief angesetzt, wenn durchschnittlich 23 Kontrollen pro Monat durchgeführt werden. Der Standard sollte deutlich heraufgesetzt werden.

Der Minderertrag von CHF 65'000.-- resultiert aus der Gaskonzession der IWB. Diese bemisst sich nach dem Gewinn, wobei jeweils eine Zeitspanne von 5 Jahren berücksichtigt wird. Wegen steigender Gaspreise sind die Gewinnmargen in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen, woraus dieser Fehlbetrag gegenüber dem Budget resultiert.

3.8.2 Gemeindestrassen

Das Wirkungsziel 4.3 (hohe Wirtschaftlichkeit) sollte nicht gestrichen werden. Da aber nicht alle Gemeinden eine Kostenrechnung führen, ist die Vergleichbarkeit mit anderen Gemeinden teilweise sehr schwierig und aufwändig. Beim Resultat müsste auch der Strassenzustand berücksichtigt werden im Verhältnis des eingesetzten Unterhaltsbetrags. Auch hier sind mindestens bis heute nur von wenigen Gemeinden Vergleichszahlen vorliegend.

3.8.3 Gemeindeverkehr

Wirkungsziel 4.1 / 2: Die 5 % Verkehrsübertretungen wurden aufgrund von Erfahrungen früherer Jahre festgelegt. In den 30er-Zonen ist die Vorgabe des Kantons 15 %. Der Wert sollte realistischerweise vermutlich etwas nach oben angepasst werden. Ob es andere Gemeinden gibt, die 5 % erreichen, ist nicht bekannt.

Der Standard des Leistungsziels 4.4 sollte ebenfalls angepasst werden. Die Einflussmöglichkeiten einer einzelnen Gemeinde sind dafür viel zu klein. Dieser Standard wäre höchstens auf Kantonsebene sinnvoll.

3.8.4 Öffentlicher Verkehr

Wirkungsziel 4.1: Bei jeder Gelegenheit (Vernehmlassungen Leistungsauftrag, ÖV-Anbindung Leimental, Richtplan, etc.) macht der Gemeinderat Optimierungen und Ausbauten im Leimental gemäss Verkehrsstudie 2000 ("Verkehrsentlastung Leimental" der Verkehrskommission Leimental) beim Kanton als zuständige Behörde beliebt. Mit der aktiven Unterstützung der Studie "Optimierung der ÖV-Anbindung des Leimentals" (u. a. durch das Projekt Margarethenstich zur direkten Anbindung des Leimentals an den Bahnhof SBB) und der vorgesehenen Taktverdichtung auf der Linie 10/17 soll das Ziel erreicht werden.

3.9 Versorgung

3.9.1 Abfallentsorgung

Die 11 Quartiersammelstellen werden abwechslungsweise durch den Bannwart kontrolliert. Bei unsachgemässer Entsorgung werden die Leute über die korrekte Entsorgung aufgeklärt. Bei absichtlichen Vergehen (z. B. illegale Entsorgung von Kehricht an der Sammelstelle) werden Bussen ausgesprochen. Aus Kostengründen ist die ständige personelle Überwachung aller Sammelstellen nicht möglich. Alle Quartiersammelstellen werden mindestens einmal pro Woche gereinigt.

3.10 Raumplanung, Umwelt

3.10.1 Ortsplanung

In der Zielformulierung 4.1 heisst es, dass ausserhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Planaufgaben Mitwirkungsveranstaltungen durchgeführt werden sollen. Es handelt sich nicht um die gesetzlich vorgeschriebene Mitwirkung (= Planaufgabe mit amtlicher Publikation). Die Mutation des QP Dorenbachzentrum wird zurzeit erst anhand des Sanierungsprojekts, das die Bauherrschaft vorgestellt hat, ausgearbeitet. Sie wurde der interessierten Bevölkerung an einem "freiwilligen" Anlass präsentiert. Bei der Aufhebung des QP-Pflichtgebiets Nr. 7 wurde die Eigentümerschaft der drei unterschiedlichen Teilgebiete zur Informationsveranstaltung eingeladen und alle Grundeigentümer/innen sind schriftlich laufend orientiert worden. Es handelt sich also um eine zusätzliche Dienstleistung.

Die Erfahrung zeigt, dass die Verfahrensdauer einer Umzonung von der Verwaltung nur teilweise beeinflusst werden kann. Die Verwaltung kann aufzeigen, welche Verfahrensschritte notwendig sind und diese einleiten. Ob und wie die Planungsinhalte in der öffentlichen Mitwirkungsveranstaltung ankommen und als Grundlage für eine Teilzonenplanung oder für einen Quartierplan akzeptiert werden oder ob die BPK die raumplanerischen Ziele und Inhalte

gutheisst oder ob während der Planaufgabe Einsprachen (begründet oder nicht) eingereicht werden, kann nicht prognostiziert werden. Es ist auch möglich, dass die Zielsetzungen der jeweiligen Eigentümerschaft in Laufe des Prozesses ändern und die Planung in der vorgesehenen Art und Weise gar nicht abgeschlossen wird. Aus diesem Grund macht es keinen Sinn, die Verfahrensfristen festzulegen.

3.10.2 Baugesuche

Es wird erwähnt, dass die Einnahmen leicht gestiegen seien (unter Angabe der Gründe). Der Kommentar im Jahresbericht ist allerdings falsch. Wohl lag die Bautätigkeit im 2006 sehr hoch, hingegen sind die Einnahmen gegenüber dem Budget (CHF 60'000.--) kleiner ausgefallen (knapp 40'000.-). In den vorangegangenen Jahren waren die Gebühreneinnahmen höher, weil mehr grössere Überbauungen und damit auch höhere Einnahmen realisiert wurden.

4. Leistungszentren

Die GRPK ist der Ansicht, dass auch die Leistungszentren in Bezug auf Zielerfüllungen überprüft werden sollten und regt an, für die interne Steuerung (durch den Gemeinderat) geeignete Leistungsziele zu formulieren.

4.1 Management, Personal

Die Aktivitäten zur Gesundheitsförderung und zur Umsetzung des Personalentwicklungskonzepts sind sinnvoll, ebenso der Einsatz der erforderlichen Mittel. Die aufgelaufenen Überstunden und der Ferienüberhang einiger Mitarbeitenden sind immer noch ein Problem. Es wurden jetzt aber konkrete Vorgaben erteilt: Überstunden wegen des Winterdienstes müssen im laufenden Jahr kompensiert werden. Der Überhang Ferien muss bis Ende dieses Kalenderjahres substanziell abgebaut werden.

4.2 Rechnungswesen

Die hohe Anzahl der eingeleiteten Betreibungen lässt aufhorchen. Es wird aber keine Statistik nach Gruppen geführt und es besteht kein Handlungsbedarf. Laut allgemeiner Einschätzung in der Presse widerspiegelt die gestiegene Anzahl Betreibungen einerseits die schlechte Zahlungsmoral und andererseits den teilweisen Trend der Verschiebung des Mittelstandes in Richtung Armut. Wer die Steuern nicht zahlt, hat mit Inkassomassnahmen zu rechnen. Das Inkassowesen wurde verbessert.

4.3 Informatik

Die Erneuerungen im Bereich IT erscheinen sinnvoll. Bei der Einführung spezifischer neuer Software (Kostenrechnung GeSoft, Tomba, etc.) wurden die Anwender/innen jeweils von Fachleuten mittels entsprechender Schulungen instruiert. Es sind dem Abteilungsleiter keine speziellen Probleme mit neuer Software bekannt.

5. Rechnungsrevision

Die GRPK hat Kenntnis vom Bericht der Revisuisse Pricewaterhouse vom 4. Mai 2007 genommen und stellt mit Befriedigung und Anerkennung die hohe Qualität der Rechnungsführung durch die in der Gemeinde verantwortlichen Personen fest. Sie geht davon aus, dass die Empfehlungen der Revisionsgesellschaft umgesetzt werden und bittet, darüber der GRPK zu gegebener Zeit zu berichten.

6. Empfehlungen

Die GRPK empfiehlt dem Gemeinderat, folgende Geschäfte an die Hand zu nehmen:

- Aufnahme allgemeiner statistischer Angaben auf der Homepage der Gemeinde;
- Revision des Finanzreglements;
- Umsetzung der Empfehlungen der Revisionsgesellschaft und Bericht an die GRPK;
- Darstellung der Nachtragskredite Gemeinderat und der Verschiebungen in den Globalbudgets in der Rechnung 2007;
- Formulierung von Leistungszielen für die Leistungszentren;
- Änderung der Geschäftsordnung ER mit der 14-tägigen Einladungsfrist für ER-Sitzungen;
- Überprüfung der Situation des Entlastungsbettes (vgl. 3.3.2).

7. Anträge

1. Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission empfiehlt, die Anträge Ziffern 1 bis 6 und 8 im Jahresbericht 2006 des Gemeinderats zu genehmigen.
2. Vom Antrag gemäss Ziffer 7 wird Kenntnis genommen.

Binningen, 13. Juni 2007

Präsident der GRPK:

sig. Markus Metz